

## Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 03/2019



Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzten Wochen waren geprägt von Protesten: In Witten und weltweit gehen Kinder und Jugendliche im Rahmen der „Fridays for Future“ für den Klimaschutz und eine bessere Umweltpolitik auf die Straße. Auch ich habe früher während der Schulzeit demonstriert: Gegen Krieg, Atomkraft und den Nato-Doppelbeschluss. Letztlich bin ich aktiv geblieben und in der SPD gelandet. Ich finde es super, dass junge Menschen auch heute Position beziehen und auf Missstände nicht nur hinweisen, sondern dagegen angehen. Was können wir uns denn mehr von dieser vermeintlich so unpolitischen heranwachsenden Generation wünschen?

Auch gegen die sogenannten Upload-Filter wurde in der letzten Woche europaweit demonstriert. Ich bin der Meinung, dass die notwendige Reform des europäischen Urheberrechts einen fairen Interessenausgleich zwischen den Akteuren gewährleisten muss. Schon aufgrund meines eigenen beruflichen Hintergrunds als selbstständige „Kreative“ liegt mir der Schutz geistigen Eigentums bzw. die Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum am Herzen. Dies sehe ich allerdings nicht durch „Upload-Filter“ bzw. Artikel 13 der neuen Urheberrichtlinie gewährleistet und befinde mich diesbezüglich in guter Gesellschaft mit unserem hiesigen Europaabgeordneten Dietmar Köster.

Protest ist wichtig, nicht nur gegen politische Entscheidungen. Wir erleben in unseren Parlamenten und im Alltag eine Zunahme an menschenverachtender Hetze und Gewalt aus rassistischen Motiven. Aus diesem Grund haben alle vier demokratischen Fraktionen im Landtag am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, ein klares Zeichen für Vielfalt in NRW und gegen Rassismus und Diskriminierung gesetzt: Wir wollen und müssen die Werte unserer offenen Gesellschaft gegen ihre Feinde verteidigen.

Glück auf, Ihre/eure Nadjä Büteführ

**Bessere Arbeitsbedingungen für Paketzusteller\*innen** In der Zustellbranche werden immer wieder unzumutbare Arbeitsbedingungen öffentlich. Für die mehr als 490.000 Beschäftigten in den Zustelldiensten werden Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutz systematisch unterlaufen. Bislang können sich die Paketdienste damit herausreden, dass sie die Einhaltung von Vorschriften verlangen und geben die Verantwortung an die Subunternehmen weiter. Um die zum Teil mafiösen Strukturen in der Paketzustellbranche zu unterbinden, ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion die Einführung einer Nachunternehmerhaftung erforderlich. Auch SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will gegen die Ausbeutung von Paketbot\*innen vorgehen, das SPD-geführte Land Niedersachsen hat dazu bereits eine Bundesratsinitiative gestartet. Mit unserem [Antrag](#) haben wir die Landesregierung in der vergangenen Plenarwoche dazu aufgefordert, diese Initiative zu unterstützen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Zustellbranche zu verbessern. Leider wurde er durch die Regierungsfractionen von CDU und FDP sowie durch die AfD abgelehnt. (Bild: Natalie Gi auf Pixabay)



**Autos zukünftig qualmfrei, wenn Kinder an Bord sind!** Vor fast einem Jahr habe ich in meiner Plenarrede den Antrag der SPD-Landtagsfraktion für mehr Nichtraucherschutz im Auto vorgestellt: Das Rauchen in Autos soll verboten werden, wenn minderjährige Kinder mitfahren. Die Reaktionen der Regierungsfractionen von CDU und FDP sprachen für sich, es war sogar von potenziellen Hetzjagden auf Raucher\*innen die Rede. Aber gut Ding will bekanntlich Weile haben, und nun ist es endlich gelungen, gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, FDP und Grünen eine [Initiative](#) zum Schutz von Kindern in Autos auf den Weg zu bringen. Schützenhilfe kam dabei auch von den Gesundheitsminister\*innen, die das Anliegen durch einen einstimmigen Beschluss unterstützen. Nach der erfolgreichen Abstimmung im Plenum kann die Landesregierung nun eine Initiative im Bundesrat starten. Einer schnellen gesetzlichen Regelung dürfte eigentlich nichts im Wege stehen: Alle relevanten Akteure von Medizin bis Tabakindustrie waren sich einig, dass Zigarettenqualm im Auto nichts zu suchen hat, wenn Kinder mitfahren. Das ist mal ein positives Beispiel dafür, dass sinnvolle Anträge und Initiativen nicht immer parteipolitischem Taktieren zum Opfer fallen müssen.

**CDU und FDP wollen die kommunale Demokratie beschädigen** Die schwarz-gelbe Landesregierung plant eine Novellierung des Kommunalwahlgesetzes, deren wichtigster Bestandteil die Abschaffung der Stichwahlen bei Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen ist sowie eine Neueinteilung der Kommunalwahlkreise. Im Rahmen einer Anhörung wurden

die schwarz-gelben Pläne von geladenen Verfassungsrechtsexpert\*innen geradezu zerrissen und als wahrscheinlich verfassungswidrig eingestuft. Übereinstimmend war kritisiert worden, dass die Vorlagen der Regierungsfractionen in keiner Weise hinreichend begründen, warum die angestrebten Gesetzesänderungen erforderlich sind. Darüber hinaus hatten die Sachverständigen weitere elementare Gründe aufgeführt, die klar gegen die Abschaffung der Stichwahl sprechen: Insbesondere führt sie zu einer Beschränkung der Partizipationsmöglichkeit der Wähler\*innen. Sie bringt Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen hervor, die im ersten Wahlgang sehr weit unterhalb der Schwelle der absoluten Mehrheit gewählt wurden. Solch niedrige Stimmenanteile gewährleisten keinen ausreichenden Rückhalt durch die Wahlberechtigten und beschädigen die demokratische Legitimation. Auch die geplante Änderung der Kriterien für die Einteilung der Wahlbezirke bei der Kommunalwahl wurde kritisiert. Zukünftig sollen nach den Plänen der schwarz-gelben Koalition bei der Ermittlung der Einwohnerzahl eines Wahlbezirks diejenigen Personen unberücksichtigt bleiben, die nicht Deutsche oder Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedsstaates sind. Diese Änderung würde in der Praxis dazu führen, dass insbesondere diejenigen Wahlbezirke, in denen viele Nicht-Deutsche bzw. Nicht EU-Bürger\*innen ihren Wohnsitz haben, unnötig vergrößert werden. Die Betreuungsmöglichkeiten durch die zuständigen Mandatsträger\*innen in diesen Wahlbezirken würden aufgrund dieser Vergrößerungen erschwert. Wir bekämen dadurch faktisch eine Verzerrung der tatsächlichen Einwohnerzahlen und Wahlbezirke „erster Klasse“ und „zweiter Klasse“. Wir erwarten, dass die schwarz-gelbe Koalition ihre unausgegorenen Vorschläge zurückzieht.



**Die schwarz-gelbe Landesregierung scheitert im Bundesrat mit einer Initiative zur Verwässerung des Arbeitszeitgesetzes!** Der Bundesrat hat kürzlich mehrheitlich gegen eine Initiative der schwarz-gelben NRW-Landesregierung gestimmt. Mit diesem Vorstoß wollte Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung auffordern, das Arbeitszeitgesetz an die EU-Arbeitszeitrichtlinie anzupassen und damit auf die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt zu reagieren. Laut dem Entwurf sollte es künftig möglich sein, eine wöchentliche Höchstarbeitszeit anstelle der werktäglichen Höchstarbeitszeit vorzusehen. Zudem wollte die schwarz-gelbe Landesregierung erreichen, dass die vorgeschriebene Ruhezeit von elf Stunden zwischen zwei Arbeitstagen verkürzt werden kann. Die SPD-Landtagsfraktion hat vehement dafür gekämpft, diese Initiative zu stoppen. Der Bundesrat hat dem Treiben der Landesregierung nun ein jähes Ende beschert und den Vorstoß aus NRW mehrheitlich abgelehnt. Das sind gute Nachrichten für alle Beschäftigten und ein klares Signal, dass Arbeitnehmer\*innenrechte nicht zur Disposition stehen.



**„Damit es jedes Kind packt“** Der Titel unserer Veranstaltung zur frühkindlichen Bildung mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in Düsseldorf war auch Programm: Im rappelvollen Plenarsaal stellte sie nicht nur ihre „Gute-Kita“- und „Starke-Familien“-Gesetze vor, sondern ging auch gut gelaunt und fachlich kompetent auf die Fragen der Anwesenden ein. Vertreter\*innen von Trägerverbänden, aber auch viele Erzieher\*innen und Elternvertreter\*innen hatten den Weg nach Düsseldorf auf sich genommen, um ihre Fragen und auch Sorgen zu schildern: Die Forderung nach Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung, der viel zu geringe Fachkraft-Kind-Schlüssel in Einrichtungen und auch die schlechte Bezahlung der Fachkräfte waren einige Themen der Diskussion. Bemerkenswert fand ich ihre Einlassung zur viel diskutierten Konnexität: Frühkindliche Bildung sei eine nationale Zukunftsaufgabe und deshalb nicht allein von Land und Kommunen finanziell zu stemmen, sondern auch durch den Bund. Mit ihrem Tatendrang und ihrem Optimismus hat Franziska die Anwesenden begeistert. Auch aus dem Wahlkreis waren Gäste angereist, darunter Wittens stellvertretende Bürgermeisterin Beate Gronau und ihr Sohn. Zum Video mit Franziska Giffey's Impulsreferat geht's [hier](#). Ich kann es euch wirklich sehr empfehlen!



**Wir schreiben ein Paritätsgesetz** 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf allen politischen Ebenen in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert. Aktuell beträgt der Frauenanteil im Landtag NRW lediglich 27,1 Prozent. Weder in einem Landesparlament, noch im Deutschen Bundestag haben Frauen annähernd die Hälfte der politischen Mandate inne, obwohl der Frauenanteil in der Bevölkerung 51 Prozent beträgt. Die Forderung nach paritätischer Repräsentation auf allen politischen Ebenen ist daher noch lange nicht erfüllt und damit erschreckend aktuell. In Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes wird nicht nur der allgemeine Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter formuliert, sondern auch ein klarer Handlungsauftrag: Der Staat ist verpflichtet, die "tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern" zu gewährleisten und auf die "Beseitigung bestehender Nachteile" hinzuwirken. Dies muss auch für politische Repräsentationsgremien gelten. Ein gutes Beispiel für einen Weg hin zu gleichberechtigter Teilhabe bietet der Landtag Brandenburg: Er hat am 31.01.2019 das erste Paritätsgesetz in Deutschland beschlossen, das als Meilenstein in der Geschichte der Gleichstellung der Geschlechter bezeichnet werden kann. Obwohl der Frauenanteil unter den Abgeordneten bereits heute um mehr als zehn Prozent höher liegt als der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Landtag NRW, hat der Landtag in Brandenburg beschlossen, dass ab 2020 Parteien ihre Landeslisten geschlechterparitätisch



besetzt aufstellen müssen. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir in einem gemeinsamen Prozess mit Expert\*innen die Frage einer gesetzlichen Ausgestaltung der geschlechtergerechten Repräsentanz in der Politik untersuchen, beispielsweise durch ein paritätisches Wahlvorschlagsverfahren im Rahmen der Listenaufstellung.

**Hinweis:** Durch die vorgeschlagene Regelung wird keine Person von der Möglichkeit ausgeschlossen, für ein Landtagsmandat auf einer Landesliste zu kandidieren. Lediglich die Option auf jedem Listenplatz zu kandidieren, wird durch die Pflicht zur geschlechterquotierten Listenaufstellung eingeschränkt.

## Witten und Herdecke

**Besuch aus Witten im Landtag** Kürzlich haben mich Schüler\*innen der Holzkamp-Gesamtschule Witten im Landtag in Düsseldorf besucht. Neben einer Führung durch den Landtag steht dabei auch regelmäßig eine Diskussion mit dem oder der Abgeordneten auf dem Programm – für mich immer ein Highlight, denn meistens geht es ans Eingemachte. So auch diesmal: Neben dem Frauenbild der AfD und dem Umgang mit der Partei im Parlament haben wir über Bildung, Urheberrecht und Upload-Filter sowie das Hadern mit Entscheidungen und Positionen der Politik samt meiner eigenen Partei diskutiert. Ich fand unser Gespräch richtig interessant, aber leider, wie meistens, viel zu kurz. Danke für den Besuch!



**Gute Gespräche bei Dörken** Gewerkschaftliche Mitbestimmung, betriebliche Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - das Herdecker Traditionsunternehmen Dörken zeigt eindrucksvoll, dass es mit seiner Unternehmenspolitik auf der Höhe der Zeit ist. Das war auch der Grund dafür, dass ich das heimische Unternehmen meinen beiden Kollegen Rainer Bovermann und Hubertus Kramer für einen gemeinsamen Besuch vorgeschlagen habe. Die Gespräche mit Dörken-Geschäftsführer Christian Harste, dem Betriebsratsvorsitzenden Andreas Haase und der Leiterin der IGBCE im Bezirk Dortmund-Hagen, Birgit Biermann, waren so interessant, dass wir die eigentlich zusätzlich geplante Betriebsbesichtigung aus Zeitgründen verschieben mussten. Wir kommen sehr gerne wieder!

**„Ende im Gelände“ in Kirchende?** Im Juni 2018 wurde zwischen dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und der Stadt Herdecke unter Medienrummel und in Anwesenheit der zuständigen CDU-Ministerin Ina Scharrenbach eine Zielvereinbarung über ein Bauprojekt geschlossen. Auf der Fläche der ehemaligen Grundschule im Dorf und der Albert-Schweitzer-Schule in Kirchende soll mit Landesmitteln



Wohnraum entstehen. Durchgeführt wird dieses Projekt durch die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, einem hundertprozentigen Beteiligungsunternehmen des Landes NRW. Der Businessplan für den Zeitraum 2017-2021 weist einen umfassenden Maßnahmenkatalog in den Bereichen Abbruch, Herrichtung,

Altlasten und Instandsetzung sowie Erschließung/Anbindung und Bodenarchäologie aus. Bislang sind jedoch noch keine sichtbaren Aktivitäten auf dem Gelände erfolgt, die Umsetzung der bereits für 2018 beschriebenen Maßnahmen steht somit bis zum heutigen Zeitpunkt komplett aus.

Der Bedarf an finanzierbarem Wohnraum in Herdecke steigt stetig, nicht zuletzt deshalb hat der Rat der Stadt Herdecke auf Initiative der SPD-Fraktion für dieses Projekt eine Anhebung der Sozialquote von 30 auf 50 Prozent beschlossen und durchgesetzt. Von der Landesregierung möchte ich daher in einer [Kleinen Anfrage](#) wissen, ob schon „Ende im Gelände“ in Kirchende ist: Was ist der Grund für die Inaktivität bzw. wann geht es endlich los?

**Equal Pay Day** In Witten und Herdecke haben die SPD-Frauen mit verschiedenen Aktionen auf den diesjährigen Equal Pay Day aufmerksam gemacht. Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Im vergangenen Jahr waren dies laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 17,09 Euro brutto je Stunde bzw. 21 Prozent weniger. In den letzten Wochen und Monaten haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert, danach gegen ungleiche Bezahlung demonstriert. Weit ist der Weg.



## Impressum

Dr. Nadja Büteführ MdL

Annenstr. 8  
58453 Witten  
02302 1767680

[nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de](mailto:nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de)

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
0211 8842292

[www.nadja-buetefuehr.de](http://www.nadja-buetefuehr.de)